

II-7515 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3757 IJ

ANFRAGE

1989-05-17

der Abgeordneten Karas

und Kollegen

an die Bundesregierung

betreffend Erfüllung des als Petition im Nationalrat
eingebrachten "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP "Für Leistung und
Gerechtigkeit - gegen Privilegien"

Mehr als 150.000 Österreicherinnen und Österreicher haben das
"Volks-Begehren der Jungen ÖVP" "Für Leistung und
Gerechtigkeit - gegen Privilegien" unterschrieben. Die
Unterzeichner des "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP" wollten
damit folgendes erreichen:

- o Weg mit der Parteibuchwirtschaft
- o Trennung von Politik und Geschäft
- o Direktwahl und Offenlegung der Bezüge in den
Sozialversicherungen
- o Primärärzte - kein Geld für fremde Leistungen
- o Halbierung der Aufsichtsratsposten
- o Weg mit den Privilegien
- o Gegen leistungslose Einkommen
- o Gegen überhöhte Politikerabfertigungen
- o Mehr Demokratie in Vereinen und Interessensvertretungen.

Dieses "Volks-Begehren der Jungen ÖVP" wurde in Form einer
Petition im Nationalrat eingebracht und in einem Unterausschuß
des Verfassungsausschusses beraten und diskutiert. Als Abschluß
der Beratungen beschloß der Verfassungsausschuß u.a. sechs
Entschließungen, um die Forderungen des "Volks-Begehrens der
Jungen ÖVP" umzusetzen und zu verwirklichen.

- 2 -

Ziel des "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP" war es auch leistungsgerechte Einkommen in Monopol- und öffentlichen Betrieben durchzusetzen. In Entsprechung dieser Forderung des "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP" hat der Nationalrat vor einem Jahr folgende Entschließung gefaßt:

"Die Bundesregierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß im Bereich der öffentlichen Wirtschaft bei Neubestellungen von Vorstandsmitgliedern leistungs- und erfolgsorientierte Entlohnungen vorgesehen werden, und überhöhte erfolgsunabhängige Bezüge vermieden werden."

Angesichts der Tatsache, daß nunmehr bereits ein Jahr seit der Beschußfassung dieser Entschließung verstrichen ist, stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesregierung folgende

ANFRAGE:

Durch welche Maßnahmen wurde sichergestellt, daß im Bereich der öffentlichen Wirtschaft leistungs- und erfolgsorientierte Entlohnungen durchgesetzt und überhöhte erfolgsunabhängige Bezüge vermieden werden (bitte um Anführung von Beispielen, bei denen diesem Grundsatz im Gegensatz zur früheren Praxis zum Durchbruch verholfen wurde)?